

Guatemala Stadt – Ende Februar 2019

Notizen eines deutschen Anwalts in

Guatemala (43)

Guatemala geht stramm auf die Wahlen im Juni zu und trotz aller Rückschritte der letzten Monate gelten noch einige positive Regeln, die nach den Protesten 2015 Realität wurden; z.B. funktioniert die Kontrolle der Wahlpropaganda besser als früher und wir versinken noch immer nicht in dieser Flut aus Papier, Plastik, Riesenanzeigen und Wahlspots, die bei früheren Wahlen schon bis zu zwei Jahren vorher auch noch den letzten Stein und den letzten Baum Guatemalas in die Farben irgendwelcher Parteien tauchten. Und es herrscht Unsicherheit über das „wie“ der illegalen Parteienfinanzierung; über das „ob“ haben die Parteien keinen Zweifel, aber noch laufen viele Strafverfahren und es wurden mehrere Parteien wegen verdeckter Zahlungen aufgelöst. Auch wenn sich Parteien wie die UNE und die regierende FCN aus „unerklärlichen“ Gründen noch retten konnten, so ist zumindest die sichtbare Kampagnendynamik (vorerst) anders als früher.

Auch dass die Wahlen drei Monate früher als gewohnt stattfinden hat seinen Grund. Die neuen Regeln ermöglichen eine gültige Nullstimme, die jede ungültige Stimme erfasst; wenn hier 50% zusammen kommen, müssen die Wahlen wiederholt werden, egal ob es um einen Bürgermeister, den Präsidenten oder die Wahlen zum Kongress geht. Für die Präsidentschaftswahlen ist diese 50% Quote wohl zu hoch... obwohl gerade eine Umfrage in urbanen Regionen unter den 18 bis 45-jährigen zeigte, dass die Bereitschaft Null zu wählen um die 48 % liegt; bei lokalen Wahlen könnte diese Quote aber erreicht werden. Ursprünglich sollte es im Falle einer Wiederholung neue KandidatInnen geben, aber der Kongress änderte das, weil dann doch wirklich eine Erneuerung der PolitikerInnen gedroht hätte; so würde jetzt schlicht mit den gleichen KandidatInnen noch einmal gewählt.

Die Verkürzung des Wahlkampfes ist auch ein Grund, warum ich eigentlich jetzt, im Februar, noch nicht

über ihn schreiben wollte. Die Parteien haben noch bis zum 18.3. Zeit, ihre KandidatInnen einzuschreiben, so dass erst danach das Bild klarer wird, zumal auch juristische Entscheidungen zu verschiedenen KandidatInnen noch ausstehen. Auf der anderen Seite geht der Zerfall der Rechtsstaatlichkeit Guatemalas so rasant voran, dass es Sinn macht, zumindest einen generellen Blick auf die noch konfuse Wahlkonjunktur zu werfen. Es werden KandidatInnen eingeschrieben, gegen die 24 Stunden später bereits Anträge auf die Aufhebung ihrer Immunität gestellt werden (z.B. Sandra Torres, UNE, Notizen 42). Ein anderer zieht seine Kandidatur zurück (Eggenberger, VIVA), weil am Tage nach seiner Ernennung ein Verfahren wegen Gewalt gegen seine Ex-Frau bekannt wird. Aber auch der aktuelle Präsident wird immer heftiger in den Sog gezogen und hat alles vorbereitet, nach der Machtübergabe das Land zu verlassen: nach dem 14.1.2020 kann ihn der Kongress nicht mehr schützen. Aktuell sind 14 Schecks auf seinen Namen und den seiner Frau bekannt, die erneut illegale Parteienfinanzierung und Betrug über mindestens 845'000 Quetzales im letzten Wahlkampf nahelegen.¹

Der Ausgang der Wahlen ist unvorhersehbar. Bisher hat es weder die Rechte noch die Linke² geschafft, Allianzen zustande zu bringen. Es wird 27 PräsidentschaftskandidatInnen geben. Das heisst, es könnte zu einer zweiten Wahlrunde mit zwei KandidatInnen kommen, deren Stimmenanteil im ersten Wahlgang nur knapp über 20 % liegt³; das würde unerwartete Ergebnisse möglich machen. Die aktuell bekanntesten und damit aussichtsreichsten

¹ Sein Bruder Sammy wurde als Kandidat für den Kongress eingeschrieben, obwohl er einen offenen Prozess wegen Betruges hat. Er schaffte das über ein Gefälligkeitsgutachten einer Freundin für die Polizei, das wohl selbst illegal ist und geheim gehalten wird.

² Bei der Linken gab es Gespräche auf der Suche nach gemeinsamen Kandidaten und Allianzen, aber leider ohne Ergebnisse. Je nachdem, wo wir die Grenze der Linken ziehen, treten fünf oder sechs Gruppierungen unabhängig an. Die organisatorisch wohl stärkste, wenn auch gerade erst gegründete Partei ist MLP, die auf die Basis von CODECA zurückgeht und sich vor allem wichtige Abgeordnetenmandate erhofft.

³ Eine Umfrage (Cid Gallup) zeigt, dass aktuell 83% der Wahlberechtigten keine Präferenz für eine Partei haben. Die UNE kommt im Landesinneren auf 7%, der Rest (26) existiert statistisch nicht.

Kandidatinnen⁴ sind Sandra Torres (UNE), Zury Ríos (VALOR) und Thelma Aldana (Semilla)⁵.

In den letzten 30 Jahren hat sich eine politische Kultur entwickelt, in der der Wählerschaft die Parteien gleichgültig sind und sie sich nur von dem Diskurs einiger „charismatischen“ Personen leiten lässt, die leicht einprägsame Slogans verbreiten. Das gilt sicher nicht nur für Guatemala, erklärt aber, warum sich der Populismus wie die Pest ausbreitet und sich die Unterstützung des demokratischen Systems auf 28% reduziert, während dieses 34% der Wahlberechtigten egal ist und 20% sogar autoritäre Sympathien haben⁶.

Guatemala ist auf dem Kontinent das Land mit der höchsten „Geburts- und Todesrate“ von Parteien; sie gründen sich um einen Kandidaten herum zu den Wahlen und verschwinden schnell wieder. Gewinnen sie die Wahlen (normalerweise im 2. Anlauf) verschwinden sie in der Regel acht Jahre später, wenn nicht schon vorher. Aktuell ist es nur die UNE, die seit 2003 als Partei auf nationaler Ebene handlungsfähig ist und die die eigene Regierung überlebt hat. Nur PAN und URNG sind älter, sie sind aber nur minimal im Kongress vertreten.

VALOR mit Zury Ríos scheint die Favoritin für den CACIF und die Eliten zu sein, während die UNE über eine eigene Struktur im Landesinneren verfügt, ihr aber in den Städten schon immer der Gegenwind der Eliten und der oberen Mittelschicht entgegenblies. Heute hat die Kandidatin Sandra Torres längst ihren

⁴ Torres verlor die 2. Runde 2015 gegen Morales, Ríos ist bekannt als Abgeordnete und Tochter von Efraín Ríos Montt und Aldana war bis 2018 Generalstaatsanwältin, die mit der CICIG zusammenarbeitete.

⁵ Die UNE reitet auf dem Etikett einer sozialdemokratischen Partei, ist aber Produkt und Teil des Systems und immer auch wieder Teil des Pakt der Korrupten. In diesen Tagen kommt es auf ihre Stimmen an bei der Frage, ob die Amnestie für Militärs (Notizen 42) verabschiedet wird. VALOR ist ein künstliches Konstrukt für Zury's zweite Kandidatur, in der sie von Molina Barreto begleitet wird, der als damaliger Präsident des Verfassungsgerichts den Rechtsbetrug zu Gunsten von Ríos Montt im Völkermordprozess ermöglichte. SEMILLA ist eine neue Partei, die aus der Protestbewegung hervorging. Nach dem Scheitern der Allianzgespräche mit URNG, WINAQ, ENCUENTRO PRO GUATEMALA, MLP (CODECA) und Convergencia will Aldana für SEMILLA kandidieren.

⁶ Latinobarómetro. Einige der hier genannten Quellen gehen auf eine Kolumne vom 25.2. von E. Gutiérrez im ElPeriódico zurück.

Frieden mit dem CACIF gemacht, auch wenn sie nicht dessen grosse Liebe ist. Beide, VALOR und UNE, verfügen über die Unterstützung verschiedener evangelischer Sekten, während SEMILLA eine neue, fortschrittliche Partei ist, die ohne Geld gerade erst dabei ist, eigene Strukturen zu bilden. Thelma Aldana kann ihr Flügel verleihen (Stimmen), kann aber trotz ihrer Verdienste im Kampf gegen die Korruption auch zu einer Belastung werden wegen ihrer Vergangenheit im System und ihrer Politik der Kriminalisierung von AktivistInnen als Generalstaatsanwältin; zudem wird versucht, ihre Kandidatur (Notizen 42) juristisch wegen angeblich unsauberer Verträge als Generalstaatsanwältin zu blockieren.

Auch Torres und Ríos hatten noch juristische Probleme, die aber in den letzten Tagen jeweils vom obersten Gericht ausgeräumt wurden. Im Falle von Torres wies das Gericht mehrheitlich einen Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität ab, mit dem die FECL⁷ die Erlaubnis zur Ermittlung umfassender versteckter Zahlungen an die UNE aufklären wollte: Das System verteidigt sich und die UNE ist, wenn auch nicht immer ohne innere Spannungen, längst Teil des Paktes der Korrupten.

Dieses Jahr kommt es übrigens zu einem Zusammentreffen, das es nur alle 20 Jahre gibt und die Macht hat, den Pakt erheblich zu stärken: Die politischen Wahlen fallen zusammen mit dem Postulationsprozess zur Ernennung der ca. 300 RichterInnen des obersten Gerichts und der Berufungsgerichte. Wer diesen Prozess kontrolliert, kontrolliert die Justiz. Die Verfassung wollte dieses Zusammentreffen so gut wie möglich vermeiden, weswegen diese Richter fünf Jahre und nicht vier im Amt bleiben. Der Auftakt für diese Situation wurde im Februar mit den Wahlen zum Präsidenten der Anwaltskammer und seines Ehrengerichts gesetzt, die eine wichtige Rolle⁸ in der Postulationskommission spielen. Diese Wahlen waren der erste

⁷ Staatsanwaltschaft, die eng mit der CICIG zusammen arbeitet

⁸ Die Kommission besteht aus den Dekanen aller juristischer Fakultäten, dem Präsidenten des obersten Gerichts, dem der Anwaltskammer und seines Ehrengerichts. Sie erarbeiten einen Vorschlag, der dann zur Auswahl an den Kongress (!!) geleitet wird.

Test und der Pakt der Korrupten hat ihn bestanden. Es gewann die Liste von Mynor Moto, einem berüchtigten korrupten Richter. Unmittelbar darauf verabschiedete der Kongress den Aufruf zur Bildung der Kommission, um diese Richter noch vor den Wahlen zu bestimmen, damit diese ihnen danach Straflosigkeit garantieren.

Und dennoch ist nicht alles Gold was glänzt. Sie haben Angst vor der Kandidatur von Thelma Aldana (Notizen 42), weswegen sie alles versuchen, sie juristisch zu stoppen. Sollte Aldana kandidieren können und in die zweite Runde kommen, könnten auch die Absprachen im Postulationsprozess der RichterInnen ins Wanken geraten, wäre er dann noch nicht abgeschlossen.

Und noch etwas geschah diesen Monat, dass das Potenzial zum Störfeuer für den Pakt hat. Sie waren fest entschlossen, die Amnestie für die Militärs (Notizen 42) im Februar zu verabschieden, sind aber immer noch nicht über die erste Lesung hinaus gekommen. Trotz zuletzt sehr vager Position aus Europa und den USA, haben beide Lager jetzt angezogen und wohl dazu beigetragen, dass die 80 Stimmen, die sie für die Amnestie brauchen, noch nicht garantiert sind. Selbst das State Department der USA hat in Zeiten von Trumps ex-Anwalt Cohen und dem Korea-Gipfel noch Zeit gefunden, deutlich zu machen, dass eine Amnestie nicht akzeptierbar ist, worauf die UNE in mehreren Sitzungen das Quorum gebrochen hat und es daher nicht zur zweiten Lesung kam.

Miguel Mörth